

# Wolfswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Ostpreußen-Schlesien je um 0,12 Zloty für die achteckige Seite, außerhalb 0,14 Zloty. Anzeigen unter Text 0,50 Zloty, von außerhalb 0,60 Zloty. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierteljährig vom 16. bis 31. 3. ca. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteur.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postfachkonto K. R. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

## Noch keine Verständigung zwischen Sejm und Regierung

Der Regierungsblock kehrt in Sejm zurück — Teilnahme an der „sachlichen“ Parlamentsarbeit — Die Unterredung Pilsudski-Daszynski resultatlos — Scharfe Kampfanfrage der P. P. S. an den Regierungsblock — Forderung nach Einsetzung einer Untersuchungskommission über den Wahlmißbrauch durch die Liste 1

### Verständigung oder Kampf?

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Th. L. Warschau, 28. März.

Die Wahl Daszynski zum Marschall des polnischen Parlaments hat eine eigenartige und wohl auch beispiellose Situation ergeben. Die Marschallwahl, an der sich nicht nur die Sozialisten und die auf sozialistischem Boden stehenden Parteien beteiligt haben, war eine oppositionelle Handlung des Parlaments gegenüber der Regierung, besser gesagt gegenüber den Regierungsmethoden Pilsudski. Darüber kann kein Zweifel bestehen, wobei der in der Wahl enthaltene Wunsch, die oberste parlamentarische Gewalt einer vertrauensvollen Persönlichkeit zu verleihen, nicht geschmälert werden soll. In erster Linie bedeutet aber die Wahl Daszynski die Antwort des demokratischen Lagers auf den Versuch Pilsudski, das Parlament zu zwingen, einen von ihm bezeichneten Mann kritiklos zum Marschall zu machen.

Sowohl die Regierung, die mit sichtbarer Spannung das Wahlergebnis abwartete, als auch die 135 Abgeordneten des Regierungsblocks reagierten auf das Mehrheitsvotum des Parlaments, indem sie kurz entschlossen den Saal verließen. Eine Demonstration, die, wenn auch nicht gebilligt, doch verstanden werden kann, denn eine größere Enttäuschung, als die, welche die Regierungsleute am ersten Tage erlitten haben, wird man sich kaum vorstellen können. Diese Haltung der Abgeordneten des Blocks wurde aber am nächsten Tag, anlässlich der Wahl der Vizemarschälle fortgesetzt. Die Abgeordneten des Regierungsblocks enthielten sich hierbei der Stimme, und so kam es, daß diese Ämter, unter die fünf stärksten Parteien verteilt, je einem Vertreter der Sozialisten, zweier Bauernparteien, der Nationaldemokraten und schließlich einem Ukrainer, als dem Vertreter der nationalen Minderheiten, zufielen. Der Regierungsblock, der ziffernmäßig die stärkste Partei ist, ging leer aus. So ergab sich die groteske Situation, daß die Linke im Parlament zwar der Regierung gegenüber in Opposition steht, aber den Sejm beherrscht. Die parlamentarischen Vertreter des Regierungsblocks befinden sich aber, ihrerseits in Opposition gegenüber dem Sejmpräsidium.

Wird dieses Verhältnis der Regierung Anlaß zu Konsequenzen geben? Handelt der Regierungsblock auf Weisung der Regierung? Das sind Fragen, die zur Entscheidung vorliegen. In konsequenter Einhaltung dieser Richtung verbanden sie sich darauf noch in gleicher Sitzung mit den Parteien der Rechten, um einen von radikaler Seite eingebrachten Antrag über die Revision der Wahlvorgänge (Terrorakte) gegen die Linke abzulehnen. Aus rein persönlichen Gründen haben es die Leute der Regierung, die bekanntlich die Bekämpfung der Rechten als ihr oberstes Ziel bezeichnet hat, ein Bündnis mit dieser Rechten geschlossen.

Es ist bemerkenswert, daß die nationalen Minderheiten, die ursprünglich der Regierung loyal gegenüberstanden, und auch zur Wahl Bartels bereit waren, den Antrag unterstützen. Nicht nur, was auch begründet wäre, in eigener Sache, sondern weil sie erkannt haben, daß eine Wahrung ihrer verfassungsmäßigen Rechte nur mit Hilfe des demokratischen Lagers, mit den polnischen Sozialisten an der Spitze, erfolgen kann.

So kristallisiert sich allmählich die Möglichkeit einer Koalitionsbildung im neuen polnischen Parlament heraus: auf der einen Seite der Regierungsblock und die Rechte — auf der anderen die Linke und die nationalen Minderheiten. Ziffernmäßig läßt sich das Verhältnis dieser beiden Parteien nicht erfassen: es wird von Fall zu Fall entschieden werden, so daß von einer ausdrücklichen Mehrheit bisher noch nicht die Rede sein kann. Immerhin darf aber mit einem gewissen Übergewicht der Linken gerechnet werden. Im Hintergrund dieser parlamentarischen Kräfteverteilung steht die Regierung, steht Pilsudski. Was er zu tun beabsichtigt — wer vermag das zu erraten. Selbst seine vertrauten Freunde wissen das nicht, und wenn der Publizist des Pilsudskisten-Organs „Glos Prawdy“ sich heute noch so regierungsradiikal gebärdet und die polnischen Sozialisten, die Daszynski Kandidat gegen Bartel aufgestellt haben, Schufte und Dumpe nennt, so muß gesagt werden, daß dieses Organ sich öfters Pilsudski selber als Pilsudski selbst zu geben pflegt.

Allerdings darf nicht vergessen werden, daß Pilsudski in privaten Gesprächen unzweideutig erklären ließ,

Warschau. Der Führer des Regierungsblock hatte gestern vormittags eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten im Belvedere, nach welcher seine Vertreter in den Sejm zurückkehrten und erklärten, an den „sachlichen“ Arbeiten des Sejms mitzütätig sein zu wollen. Indessen wurde im Sejm von den Vertretern des Regierungsblocks hartnäckig die Ansicht verbreitet, daß das Parlament bald aufgelöst werden würde und vor allem, daß man Protest gegen die Wahl des Sejmarschalls Daszynski erheben werde. Welche Gründe dazu vorliegen, war indessen nicht zu erfahren.

Die Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Pilsudski und dem Sejmarschall Daszynski dauerte über eine Stunde und soll ausschließlich den Charakter der Arbeiten des Sejms getragen haben. Die Frage der Zusammenarbeit zwischen Sejm und Regierung soll nicht angeschnitten worden sein, die Aussprache drehte sich ausschließlich um die Erledigung des Budgets und einiger wichtiger Gesetzesvorlagen, die unbedingte Lösung finden müssen. Es soll sich aber eine private Unterhaltung ergeben haben, über deren Inhalt bisher nichts zu erfahren war.

Die gestrigen Verhandlungen des Parlaments nahmen einen ruhigen Verlauf. Sowohl der Vizepremier, als auch der Finanzminister ergrieffen zur Budgetbegründung das Wort und erklärten einige Positionen. Es wird regierungsseitig unterrichtet, daß Einnahmen und Ausgaben einen durchaus realen Charakter haben, was vor allem auf die Stabilisierung der Währung durch die jetzige Regierung zurückzuführen sei. Das Budget wurde der Kommission überwiesen.

Zur Budgetberatung ergrieff als erste Partei die P. P. S. das Wort, wobei ihr Redner, Vizemarschall Marek, in scharfer Weise gegen den Regierungsblock polemisierte. Er erklärte, daß seine Partei zu den Versprechungen der Regierung kein Vertrauen habe und erst dann an die Realisierung der Projekte glaube, wenn sie sich auch verwirklicht haben. Insbesondere hat die Regierung mit Dekreten regiert, was im Widerspruch zur Verfassung steht. Sie sei zum Kampf gegen die Parteien herausgezogen und habe ein Chaos herbeigeführt, der Beheblos selbst hat trotz Mißbrauch bei den Wahlen doch nur ein Viertel der Mandate einbringen können. Hierbei erhebt sich ein Sturm der Regierung Anhänger, doch fährt Abg. Marek in seiner Rede fort und erklärt, daß sein Klub einen Antrag einbringen werde, der die Einsetzung einer Untersuchungskommission fordert und sich mit dem Mißbrauch der Behörden bei den Wahlen beschäftigen soll. Wiederum folgen Entrüstungsrufe unter Führung des Obersten Slawek. Zum ersten Male, erklärt der Redner der P. P. S., ist bewaffnete Polizei im Sejm erschienen, was jeder Rechtsauffassung spottet. Er habe nicht die Absicht und Aufgabe die Kommunisten zu verteidigen, aber man hat auch Abgeordnete der „Bogwolenie“ und der „Ukrainer“ vergewaltigt und hinausgeführt und das sei mit der Verfassung unvereinbar. Der Regierungsblock habe zwei Wege: Den der Zusammenarbeit mit dem Parlament oder den Weg der Gewalt und es liegt ganz im Interesse des Regierungsblocks, welchen Weg er beschreiten will. Die P. P. S. und die polnische demokratische Linke werden den Provokationen zu begegnen wissen.

## Kommunistische Brügelszenen im Reichstag

Die Berliner Presse zum Reichstagsstandal

Berlin. In der Donnerstag-Abendssitzung des Reichstages kam es bei der sehr lebhaften Aussprache über die Amnestiefrage zu heftigen Zusammenstößen zwischen Deutschen Nationalen, Sozialdemokraten und Kommunisten. Diese arteten in eine Schlägerei zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten aus, als der Sozialdemokrat Dr. Landsberg die Vorwürfe des Kommunisten Hölein zurückwies, die diese gegen die Sozialdemokraten erhoben hatten. Ein kommunistischer Abgeordneter war auf die um die Rednertribüne gescharten Sozialdemokraten gestürzt und hatte Blindens auf diese eingeschlagen. Wegen der darauf entstehenden Schlägerei verließ Vizepräsident Esser auf einige Minuten das Präsidium. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde der Kommunist Jadašč von der Sitzung ausgeschlossen. Der Vizepräsident trat sodann zu einer Beratung über diesen Zwischenfall zusammen.

Trotz wiederholter Aufforderung des Vizepräsidenten Esser, verließ der kommunistische Abgeordnete Jadašč nicht die Sitzung des Reichstages, aus der er wegen des tätlichen Angriffs auf sozialdemokratische Abgeordnete ausgeschlossen worden war. Entgegen einem nationalsozialistischen Antrag bestand der Abg. Leicht (Bav. N.P.) auf Vertagung der Sitzung, da der Reichstag, wie er sagte, in Jadaščs Anwesenheit nicht weiter verhandeln könne. Jadašč wurde auf acht Tage von den Sitzungen ausgeschlossen, die Sitzung selbst wurde vertagt.

Berlin. Die Berliner Blätter sind der Auffassung, daß die Nähe der Wahlen der gestrigen Reichstagsdebatte das Gepräge gegeben habe. Es habe sich eine Art Aufmarsch für die kommenden Wahlen vollzogen, die rednerische Eröffnung

des Wahlkampfes. Dabei wird auch auf das unruhliche Ende hingewiesen, das die gestrige Sitzung durch die Brügelszenen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gefunden hat. Die „Germania“ sagt, wenn morgen die Auflösung des Reichstages erfolge, so sei das lediglich ein formaler staatsrechtlicher Akt. Die innere Auflösung dieses Reichstages habe sich am Donnerstag so deutlich wie nur irgend möglich offenbart. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt fest, daß der nahezu absolut regierende Reichstag vor dem Eigensinn des Herrn Jadašč kapituliert habe, der zwar ausgeschlossen wurde, aber nicht zu bewegen war, den Saal wirklich zu verlassen. Die „Tägliche Rundschau“ sagt, die Ansichten seien geteilt gewesen, ob diese Nachgiebigkeit aus Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses angebracht gewesen sei oder ob es nicht besser gewesen sei, die Autorität des Parlaments bis zur letzten Konsequenz zu wahren. Die „Börzenzeitung“ hofft, daß die Linke in der Geschäftsordnung bald ausgefüllt wird und dem Reichstagspräsidium die Möglichkeit gegeben wird, zu einer seinerzeit im preußischen Landtag mit Erfolg angewandten Entfernung eines widergesetzlichen Abgeordneten durch die staatlichen Ordnungsorgane.

Der „Vorwärts“ gibt folgende Schilderung des Kampfes: Als Abg. Landsberg auf Beschimpfungen der Kommunisten entgegnet habe, diese Beschimpfungen seien eine angenehme Wechsellagerung gegenüber Umschmeichelungen, denen er und seine Fraktion in den letzten Tagen von kommunistischer Seite ausgeht gewesen sei, sei der Sturm auf die Rednertribüne losgebrochen. Der Oberstleutnant Jadašč habe geführt. Im Nu prasselten die Schläge hagelartig auf die Genossen, die mit ihren Leibchen den Ausgang zur Rednertribüne deckten. Der Ansturm sei zurückge-

Fortsetzung auf 2. Seite.

nur die Wahl Bartels werde die Grundlage für ein Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Sejm bieten. Aber es fragt sich, ob er es jetzt wagen wird, diese Drohung wahrzumachen. Denn während er einen Sejmarschall Bartel nach Belieben nach seiner Weise hätte tanzen lassen können, bietet die Persönlichkeit Daszynski, der schon 30 Jahre lang parlamentarisch tätig ist, Gewähr dafür, daß das Parlament sich seine Rechte nicht schmälern lassen wird.

Einen Weg, dem Parlament beizukommen und es zur Annahme verfassungswidriger und antidemokratischer Gesetze zu zwingen, besitzt die Regierung, nachdem auch die Vollmachten des Staatspräsidenten erschöpfen sind, nicht mehr. Nur ein Weg bleibt Pilsudski, sofern er die lokale Zusammenarbeit mit dem Sejm für unter seiner Würde erachten wird, offen; der Weg der Auflösung

des Parlaments. Und da es fraglich ist, ob sich die Deffektivität, der sich über das wahre Gesicht Pilsudski langsam die Augen zu öffnen beginnen, neuwahlen gefallen lassen wird, so wird die zweite Etappe dieses Weges die Ausrufung der Diktatur sein.

Der heutige Sachverhalt wird dadurch nur wenig geändert werden, wenn es sich bewahrheiten soll, daß Pilsudski das neue Parlament auf allerlei Weise hinarbeiten und an seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit hindern wird. Die Linksparteien werden dann aber die Waffe in die Hand bekommen, um gegen eine solche, für die politische Entwicklung höchst verhängnisvolle Wendung anzukämpfen.

Darin besteht zur Zeit das Problem des Verhältnisses zwischen Parlament und Regierung!









